

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 02.09.2003

öffentlich

Ort: Rathaus Raum 105 / 107
Zeit: 16:30 Uhr bis 17.45 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
 - 4.1. Netzwerk gegen Drogen 2002
Vorlage: III/2003/03492
 - 4.2. Information zur Umsetzung des ESF - Förderschwerpunktes "Lokales Kapital für soziale Zwecke" in der Stadt Halle (Saale)
 - a) Lokales Kapital für soziale Zwecke im Rahmen der Landesinitiative "Pakte für Arbeit"
 - b) Lokales Kapital für soziale Zwecke im Rahmen des Bundesprogramms "LOS"Vorlage: III/2003/03532

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. Anfragen von Stadträten
7. Beantwortung von Anfragen
- 7.1. Beantwortung der Anfrage von Frau Schaffer zu alkoholisierten Krankenhauspatienten
8. Anregungen
9. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Die Begrüßung und Leitung des Sozial- und Gesundheitsausschuss erfolgt durch den Ausschussvorsitzenden Herrn Kupke.

Frau Plättner wird vorgestellt und herzlich als Vertreterin der Liga der freien Wohlfahrtspflege (Liga) von den Anwesenden im SGA begrüßt. Sie löst Herrn Weber ab. Auf Beschluss der Liga wird sie als dauerhafte Vertreterin im SGA mitarbeiten.

Feststellung der Beschlussfähigkeit durch den Ausschussvorsitzenden erfolgt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird wie vorliegend angenommen.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Beschluss:

Die Genehmigung der Niederschrift vom 12.08.2003 erfolgt.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 **Netzwerk gegen Drogen 2002** Vorlage: III/2003/03492

Wortprotokoll:

Frau Günther gibt einen kurzen Überblick über den allen vorliegenden Bericht „Netzwerk gegen Drogen 2002“.

Die Sucht- und Drogensituation ist vor allem durch den Anstieg des Alkoholkonsums Jugendlicher gekennzeichnet. Keine Erhöhung gibt es hingegen im Bereich der illegalen Drogen.

Frau Günther zog dabei ein überwiegend positives Fazit vor allem über die Zusammenarbeit der Akteure im Netzwerk. Schwierigkeiten bestehen jedoch vor allem in der Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium und den Schulen. Eine angestrebte Präventionsvereinbarung kam nicht zustande.

In der anschließenden Diskussion wurden Nachfragen gestellt und Meinungen zu einzelnen Punkten des Jahresberichtes geäußert.

Frau Meißner weist auf die besondere Gefährdung von lernbehinderten Schülerinnen und Schülern hin. Sie sind viel leichter ansprechbar und verführbar. Daher sieht Sie große Probleme bei der geplanten Unterbringung der Comeniuschule in der Freimfelder Straße, wegen der Nähe zur Landsberger Straße.

Frau Wolff schlägt vor, Eltern einzubinden und aufzurufen Präventionsveranstaltungen durchzuführen.

Frau Szabados unterstützt diesen Ansatz und weist darauf hin, dass diesbezügliche Konzepte mit der Suchtpräventionsfachkraft entwickelt werden sollen.

Frau Haupt erkundigt sich ob Spielsucht einen Schwerpunkt darstellt. **Frau Günther** verneinte dies.

Frau Schaffer kritisiert die Haltung des Kultusministeriums zur Gesundheitsförderung in Schulen.

Frau Szabados unterstreicht, dass sich das Land nicht aus seiner Verantwortung entziehen kann. Dieses Thema wird weiter aufgegriffen und muss mit dem Kultusbereich besprochen und abgesichert werden.

Beschluss:

Der Bericht „Netzwerk gegen Drogen 2002“ wird durch den Sozial- und Gesundheitsausschuss zur Kenntnis genommen.

- zu 4.2 **Information zur Umsetzung des ESF - Förderschwerpunktes "Lokales Kapital für soziale Zwecke" in der Stadt Halle (Saale)**
- a) **Lokales Kapital für soziale Zwecke im Rahmen der Landesinitiative "Pakte für Arbeit"**
- b) **Lokales Kapital für soziale Zwecke im Rahmen des Bundesprogramms "LOS"**
- Vorlage: III/2003/03532**
-

Wortprotokoll:

Frau Szabados informiert über das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LKSZ). Im Rahmen dieses Projektes können Kleinprojekte mit einem Höchstvolumen von 20.000 Euro gefördert werden. Es handelt sich um eine Förderung ohne Komplementäranteil. Dadurch wird die Stadt nicht belastet.

Im Rahmen des halleschen Paktes für Arbeit (BIB) fördert die Stadt Halle (Saale) Lösungsbeiträge zu den Problemfeldern Arbeitslosigkeit, soziale Brennpunkte, Armut und Ausgrenzung von Minderheiten.

Die Ausschussmitglieder werden durch die Vorlage informiert, das Mittel ausgegeben wurden und wofür diese verwendet wurden.

In der anschließenden kurzen Diskussion erkundigt sich zuerst **Frau Scheller** nach der Mitgliedschaft von Herrn Weber im Programmbeirat.

Frau Szabados wies darauf hin, dass Herr Weber über die Liga im Beirat saß und keine Mitwirkung bei einem Caritasprojekt bestand.

Frau Wolff erkundigt sich nach den Kriterien nach denen Mittel für Projekte im Sozialbereich bewilligt bzw. abgelehnt worden.

Frau Szabados weist auf die Kriterien in der Programmausschreibung hin. Bei Pakte für Arbeit sind besonders Nischen und Ideen für neue Beschäftigungsfelder gefragt. Eine Jury hat, nach Vorklärung und Ausschluss von Förderschädlichkeit durch das ISW, entschieden.

Zur Beteiligung am Bundesprogramm LOS (Anlage 3) informiert Frau Szabados die Anwesenden, dass die Stadt Halle einen Antrag gestellt hat, eine Bewilligung jedoch nicht vorliegt.

Es gibt keine weiteren Nachfragen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Wortprotokoll:

keine

zu 6 **Anfragen von Stadträten**

Wortprotokoll:

Herr Kupke bezieht sich auf das Magdeburger Gespräch (MDR Fernsehen vom Vorabend), an dem Frau Szabados beteiligt war. Er bittet Frau Szabados kurz Stellung, zu den dort genannten Zahlen, zu nehmen.

Frau Szabados informiert, dass es in der Stadt Halle (Saale) rund 15.500 Sozialhilfeempfänger gibt. Davon gehören zu der erwerbsfähigen Gruppe im Alter zwischen 16-65 Jahren rund 10 Tausend Personen. Von diesem Personenkreis sind ca. die Hälfte (5.500 Personen) prinzipiell arbeitsfähig.

zu 7 **Beantwortung von Anfragen**

Wortprotokoll:

keine

zu 7.1 **Beantwortung der Anfrage von Frau Schaffer zu alkoholisierten Krankenhauspatienten**

Wortprotokoll:

Beantwortung der Anfrage von **Frau Schaffer** betreffs der Verweigerung zur Ausstellung eines Transportschein nach erfolgter Behandlung eines alkoholisierten Patienten, obwohl ein Befreiungsschein von der Krankenkasse vorlag.

Frau Szabados informiert nach Rücksprache mit der AOK, dass der Befreiungsschein gemäß § 61 SGB V bei geringen Einkommen gewährt wird.

Wenn ein solcher Befreiungsschein Vorliegt zahlen die Kassen natürlich auch den Taxitransport von Patienten in alkoholisiertem Zustand. Einer Klinik steht eine solche Ablehnung nicht zu.

Die AOK weist aber darauf hin, dass Befreiungsscheine nur für ein Quartal ausgestellt werden und vielfach bei Vorlage keine Gültigkeit mehr haben. Schon die geringste Veränderung bei dem Einkommen kann dazu führen, dass kein Anspruch auf einen Befreiungsschein mehr besteht.

Die Chefarzte der Krankenhäuser werden von der AOK nochmals darüber informiert.

Die ausführliche Beantwortung wird Frau Schaffer schriftlich übergeben.

zu 8 Anregungen

Wortprotokoll:

keine

zu 9 Mitteilungen

Wortprotokoll:

Frau Scheller informiert über die Durchführung einer bundesweiten Tagung unter dem Titel Von der „Diva in Grau“ zur „gesunden Stadt“: Auf dem Weg zur lebenswerten Großstadt – am Beispiel Halle an der Saale vom 19.-21.September 2003.

Die Stadt Halle hat im Rahmen des Gesunde Städte-Netzwerkes (GSN) die Aufgabe als Kompetenzzentrum für „stadtteilbezogene, bürgerorientierte Stadtentwicklung“ auf nationaler Ebene übernommen. Halle ist damit eine von sieben Städten in der Bundesrepublik, die Erfahrungen und Kompetenzen zur kommunalen Gesundheitsförderung, zur Verfügung stellt und zum Erfahrungsaustausch einlädt.

Ein Bestandteil der Tagung, am 20.09.03, werden Exkursionen in Stadtteile sein, in denen u.a. Mitglieder von Bürgerinitiativen, die Gäste führen werden.

Alle Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschuss sind herzlich eingeladen sich zu beteiligen (Einladung wird verteilt).

Frau Scheller übergibt die Selbsthilfenachrichten Nr. 45, herausgegeben von der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen Halle-Saalkreis, an die Ausschussmitglieder.

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.02.13
